

Die Aufwertung des Schweizer Frankens

Autor(en): **Marbach, Fritz**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes**

Band (Jahr): **63 (1971)**

Heft 6

PDF erstellt am: **21.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-354506>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

GEWERKSCHAFTLICHE RUNDSCHAU

MONATSSCHRIFT DES SCHWEIZERISCHEN GEWERKSCHAFTSBUNDES
ZWEIMONATLICHE BEILAGE: «BILDUNGSARBEIT»
HEFT 6 - JUNI 1971 - 63. JAHRGANG

Die Aufwertung des Schweizer Frankens

Wenn die Menge des umlaufenden Geldes bei gleichbleibendem oder gar relativ zur Bevölkerung sinkendem Güter- und Leistungsangebot vermehrt wird, tritt das neue Geld mit dem alten in Wettbewerb um das vorhandene Güter- und Leistungsangebot. Güter und Leistungen werden daher im Preise steigen. Dies, weil unter solchen Umständen stets jemand bereit ist, für die gemessen am Geldvorhandensein knappen Güter und Leistungen mehr zu bezahlen.

Seit langem litten vor allem die deutsche und die schweizerische (erwünschte) Preisstabilität unter dem Anfall von Devisen (praktisch von Geld in Form von Dollars), herrührend aus der ausgeprägt passiven Zahlungsbilanz der über ihre Verhältnisse lebenden Amerikaner. Soweit solche nicht normalen Handelstransaktionen entspringenden Devisen über die Notenbank in Schweizer Geld umgewandelt werden, vermehrt sich hierzulande (analog, nur noch stärker in Deutschland) die umlaufende bzw. nachfragende und preistreibende Geldmenge. In solch währungspolitisch krisenhaften Situationen wird jeder verantwortungsbewusste Staat etwas tun müssen, um der drohenden Verschärfung der Inflation bzw. Geldentwertung entgegenzutreten.

Das auslösende Moment

Weite Teile von Europa, namentlich Deutschland und die Schweiz, leiden unter der schärfsten inflationsträchtigen Währungs- und Stabilitätskrise seit langer Zeit. Es ist daher wohl verständlich, dass die deutsche Regierung mehrere wirtschaftswissenschaftliche Institute beauftragt hat, Untersuchungen hinsichtlich der Abwehr der steigenden Inflationsgefahr einzuleiten. Die Institute kamen dem Auftrag nach. Sie empfahlen fast einhellig die Freigabe der Wechselkurse. Das geschah in der Meinung, einer zu erwartenden Weiterentwicklung der Spekulation durch ein *fait accompli* den Wind rechtzeitig aus den Segeln zu nehmen und zwar mittels einer über den Markt sich vollziehenden Verteuerung der eigenen Wäh-

rung. Wie immer man sich zu dieser Empfehlung stellen mag, sie war nicht unelegant und hätte (jetzt wurde das gleiche ja unter Zwang getan) das erwünschte Ziel schon vorher zumindest teilweise erreichen können. Aber erste Voraussetzung des Gelingens wäre völliges Stillschweigen nach französischem und jetzt auch schweizerischem Muster gewesen.

Leider aber wurde aus der Schule geschwätzt und zwar von höchsten deutschen Regierungsstellen. Der Bundeskanzler selber sprach von einem möglichen währungspolitischen Alleingang der Bundesrepublik. Jetzt erst witterte die vorher eher noch zögernd vorgehende Spekulation sicher erscheinende Differenzgewinne, sei es im Zuge einer direkten oder über die Freigabe des Dollarkurses indirekten Aufwertung der Mark. Nun strömten Milliarden von Dollars, die vorher zum Teil am Eurogeldmarkt engagiert und «neutralisiert» waren, sozusagen über Nacht zur deutschen Notenbank und desgleichen, in allerdings etwas geringerem, aber trotzdem in immer noch immensem Ausmass zur schweizerischen Nationalbank. Einem solch ungeheuerlichen Anfall von das Inlandgeld teils potentiell, teils effektiv vermehrenden Dollars musste im Interesse der Verhinderung einer uferlosen, weite Bevölkerungsschichten schwer treffenden Inflation entgegengetreten werden. Deutschland entschied sich gemäss den Gutachten zur Lösung der Mark von einem festen Verhältnis zum Gold, so erhoffend, den Kurs der Mark im freien Spiel der Kräfte auf einen höheren, sich «natürlich» ergebenden Satz einpendeln zu lassen. Die Schweiz wertete auf direktem Wege um rund 7 Prozent auf.

Der Bundesrat, der stets grossen Wert auf im Gold gleichbleibend fest verankerte Wechselkurse gelegt hatte, konnte sich nach eigenen Aussagen nur schwer zur Aufwertung entschliessen. Wenn er es, durch die Spekulation leider erzwungen, wenn auch nicht durch sie im Ursprung veranlasst, trotzdem tat, so geschah es zweifellos im Interesse breiter Bevölkerungskreise. Sie sollen von einer abrupten Verschärfung der monetär-inflationären Tendenz verschont bleiben. Die Alternative hätte, wenn man von der Freigabe der Kurse absieht, nur in zwangswirtschaftlich monetären Eingriffen, also in einem ausgesprochenen Rückschritt in die frühe Nachkriegszeit bestehen können. Davor ist der Bundesrat, sicher zu Recht, zurückgeschreckt.

Wie vollzieht sich eine Aufwertung?

Das Aufwerfen dieser Frage bedingt eine praeliminare Feststellung: Wie andere westliche Währungen, steht der Schweizer Franken in einem festen Verhältnis zum Gold. Die vollzogene Aufwertung bedeutet nichts anderes als die Aenderung dieses Wertverhältnisses. Nichts anderes ist geändert worden. Da nun aber auch andere Währungen, insbesondere der Dollar, in einem festen Verhältnis

zum Golde stehen, bedeutet die Aenderung unserer Goldparität für alle jene Valuten, die keine oder keine entsprechende Aenderung ihres Goldwertes erfahren haben, eine indirekte Abwertung. Das ist am Dollar leicht zu illustrieren:

Seit sehr langer Zeit ist in Amerika das Dollar-Gold-Verhältnis so festgelegt, dass 35 Dollar einer Unze Feingold gleichkommen. Der alte Mittelkurs Dollar-Franken betrug Fr. 4.37 je Dollar. Also mussten 35mal Fr. 4.37 oder Fr. 152.95 gleich einer Unze Feingold sein. Der neue Dollarkurs zum Franken ist (theoretisch, praktisch ist es ein klein wenig mehr) Fr. 4.08. 35mal 4.08 ergibt Fr. 142.80. In der Verrechnung mit Amerika kann sich die Notenbank, soweit der Transfer möglich ist, mit 35 Dollar, d. h. neu mit Fr. 142.80, eine Unze Feingold erstehen. Die Differenz zwischen Fr. 152.95 und Fr. 142.80 widerspiegelt die Differenz des alten und neuen Dollarkurses. Möglich geworden ist die Differenz eben durch die Neufestsetzung des Wertverhältnisses zwischen dem Franken und dem Gold bei gleichbleibendem Wertverhältnis zwischen dem Dollar und dem Gold. Weil wir den Franken gegenüber dem Gold (und damit auch gegenüber dem Dollar und den andern «still» gebliebenen Währungen) aufgewertet haben, bleibt jetzt nur noch zu sagen, in welcher Grössenordnung das geschehen ist.

Seit September 1936 war der Franken = rund 203 Milligramm Feingold. Neu wurde er vom Bundesrat auf 217 Milligramm festgelegt. Ein Kilogramm Feingold entspricht nun, neu, 4595 Franken gegenüber früher 4920 Franken. Soweit es der Nationalbank gelingt, überschüssige Dollardevisen in Gold zu transferieren, wird sie also in Amerika ein Kilogramm Gold schon für 4595 Fr. statt bishin 4920 Fr. gebucht erhalten. Der genaue Aufwertungssatz, der sich aus der Paritätserhöhung ergibt (ein Franken ist 217 statt 203 Milligramm), beträgt nach Angabe der Nationalbank genau 7,06937 Prozent. Der Schweizer Franken hat jetzt einen um soviel höheren Goldwert. Damit ist er auch gegenüber den ans Gold gebundenen «stillgebliebenen» Valuten, und dazu gehört vor allem der Dollar, um rund 7 Prozent mehr wert. Der Frankenwert steigt also, aufs Hundert gerechnet, von 100 auf 107, was umgekehrt (700 dividiert durch 107) einer Entwertung der stillbleibenden, ans Gold gebundenen Valuten um 6,54 Prozent entspricht. Um ebensoviel ist nun auch das monetäre Gold abgewertet gegenüber dem Franken. Ausgenommen sind aus hier nicht zu erörternden Gründen die Goldmünzen. Das Vreneli ist als nicht abgewertet.

Vor- und Nachteile

Der wichtigste Vorteil der Aufwertung besteht in der Abwehr dessen, was man nach Röpke importierte Inflation zu nennen pflegt und in der Vermeidung spektakulärer Ueberschwemmungen unseres

Landes und damit der Nationalbank mit nicht direkt aus Warentransaktionen herrührenden Dollars aus dem grossen Reservoir des amerikanischen Zahlungsbilanzdefizites und des Eurodollarmarktes*. Mit der Aufwertung hat der Bundesrat in Abwehr der externen Inflationsimpulse grundsätzlich getan was möglich war, wenn hinsichtlich der Methode und des Ausmasses die Meinungen auch differieren. Da aber unsere Inflation zu einem guten Teil hausgemacht ist (man denke etwa an gewisse überforcierte private Investitionen und an die Nachfrageimpulse, die vom ebenfalls forcierten Strassenbau ausgehen), dürfen wir nicht etwa annehmen, dass uns das Paradies der Preisstabilität durch die Aufwertung schon sicher sei. Es ist daher erfreulich, dass der Bundesrat schon in der Juni-Session den Räten ein sogenanntes Anschlussprogramm vorlegen will, das sich gegen die binnenwirtschaftlich ausgelöste Inflation und Teuerung richten soll. Wenn der Grossteil der Bevölkerung die Aufwertung positiv bewertet, so ist es wegen ihrer grundsätzlich, wenn auch nur partiell anti-inflatorischen Wirkung.

Eher als nachteilig empfinden die Aufwertung Teile des Finanzkapitals, die Exportindustrie und das Fremdgewerbe. Soweit es sich nicht um kursgesicherte ausländische Werte handelt, müssen deren Besitzer Abschreibungen vornehmen und die zu transferierenden Erträge werden geringer. Zudem ist nicht zu bestreiten, dass die Exportindustrie gewisse Konkurrenzvorteile verliert und sich – was nur vorteilhaft sein kann – im Investieren etwas zurückhalten dürfte. Wenn die Exportindustrie in Dollar kalkuliert (Analoges gilt für andere stillgebliebene Währungen), wird sie für eine gleiche Lieferung wie vorher mehr Dollar verlangen müssen, um gleichviel Schweizer Franken wie vorher zu erhalten. Würde in Schweizer Franken Rechnung gestellt, müsste der Warenempfänger mehr Auslandswährung hingeben, um die nötigen Franken zu kaufen. Alles in allem gesehen, verhalten sich die Exportindustrie und die grossen Banken (wenn auch mit Ausnahmen) jedoch deutlich zurückhaltend. Es wird zugegeben, dass der Bundesrat kaum anders handeln konnte. Jedenfalls hat ein Rundschau-Gespräch im Fernsehen zwischen Wissenschaftlern und gewichtigsten Exponenten aus Banken, Handel, Exportindustrie und Fremdgewerbe diesen Eindruck deutlich vermittelt. Man ist vielleicht etwas enttäuscht, aber man fügt sich ohne böse Worte dem bundesrätlichen Entschluss.

Den genannten Nachteilen für partiell Interessierte stehen aber wesentliche Vorteile gegenüber. Vor allem ist zu beachten, dass sich

* Eurodollars sind Dollars in nicht-amerikanischen Händen. Vor allem liegen sie bei amerikanischen Banken im nicht-amerikanischen Ausland. Wie bekannt geworden ist, wurden am Eurodollarmarkt zwecks Aufwertungsspekulation soviel kurz- oder relativ kurzfristige Kredite aufgenommen, dass die vorher abgesunkenen Zinssätze sprunghaft in die alten Höhen gingen. Siebentagegeld bis zu 11 und mehr Prozent, Monatsgeld bis gut 8 Prozent («NZZ»).

die Einfuhren überall dort etwas verbilligen werden, wo der ausländische Lieferant eine monopolistische Stellung nicht innehat. Einfuhrverbilligungen dürften – im Ausgleich zu den Exportnachteilen – auch für die Landwirtschaft von Bedeutung sein.

Angesichts der Kompliziertheit des Preis- und (bezüglich der Landwirtschaft) Tariffestsetzungsmechanismus scheint es uns zu früh, um eine in ihrer Grössenordnung zuverlässige Saldierung von schon jetzt greifbaren Vor- und Nachteilen geben zu können. Wir müssen uns aber stets bewusst sein, dass die Inflation ein breitestes Kreise treffendes Krebsübel ist. Wir sollten daher nicht vergessen, dass der Antiinflationgedanke (vor allem der Wille zum Auffangen der extern bedingten Inflation) an der geistigen Wurzel der Aufwertung steht. In ihm findet sie ihre beste Rechtfertigung.

Prof. Dr. Fritz Marbach, Bern

Eisenwichser

«Eisenwichser: Das sind Arbeiter, welche überwiegend für das Streichen von Eisenkonstruktionen wie Schiffe, Industrieanlagen, Tanks, Hochspannungsmasten usw. eingesetzt werden. Meist sind es ungelernte Arbeitskräfte, manchmal gelernte Maler und Anstreicher. Da sie vor allem im Schichtlohn oder Akkord arbeiten oder zum Stundenlohn noch diverse Schmutz-, Gefahren-, Höhen- oder Nachtarbeitszulagen bekommen, verdienen sie etwas mehr Geld als normale Berufs-Fachleute. Der Ausdruck ‚Eisenwichser‘ wird von ihnen selbst in nüchterner Einschätzung ihrer Arbeit gebraucht.» (Aus dem Programmheft des Galerietheaters «Die Rampe», Bern)

Heinrich Henkel, (geboren 1937 in Koblenz/Rhein), ein gelernter Maler, hat der Arbeit seiner Berufskollegen der «Eisenwichser» ein Stück gewidmet. 1970 wurde es in Basel uraufgeführt, ging dann über die Bühnen vieler grösserer Städte in Deutschland, Oesterreich und der Schweiz, erschien in Hörspiel- und Fernsehfassungen und wurde kürzlich auch ein bemerkenswerter Erfolg im Berner Kellertheater «Die Rampe». Der Diogenes-Verlag (Zürich) hat das Stück bereits 1970 als Taschenbuch herausgegeben (Fr. 6.80).

Worauf mag dieser plötzliche Erfolg eines bisher nur mässig bekannten jungen Arbeiter-Autors beruhen? Was ist so völlig neu und einzigartig an seinem Zweiakter, dass sich eine Besprechung in der «Rundschau» nicht bloss rechtfertigt, sondern geradezu aufdrängt?

Henkel hat die «Bretter, die die Welt bedeuten» sozusagen beim Wort genommen: als erster und bisher einziger Autor hat er es gewagt, die reale Arbeitswelt einer bestimmten Berufsgruppe, der